

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wiederpreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge Missetat oder Betriebsänderung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklameweile 25 Goldpfennige. Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 147

Altensteig, Freitag den 26. Juni.

Jahrgang 1925

Eine Militärrevolte in Griechenland.

WTB. Paris, 25. Juni. Havas meldet aus Saloniki: Die Zeitung „Independance“ bringt die Nachricht, daß die Offiziere der Garnison von Saloniki angeführt von der Unfähigkeit der Regierung von Athen beschlossen haben, den sofortigen Rücktritt des Ministerpräsidenten Michalopoulos zu fordern und eine Militärregierung unter dem Vorherrschaft des Generals Pangalos zu bilden. Eine Proklamation in diesem Sinne wurde heute vormittag an die Bevölkerung gerichtet. Die Büros des Generalstabs von Saloniki, das Post- und Telegraphenamt, die Bahnhöfe, sowie alle militärischen Gebäude, die unter dem Befehl des Platzkommandanten stehen, sind von revolutionären Offizieren besetzt worden. Ueber die Presse wurde die Zensur verhängt. Ein militärisches Komitee erläßt einen Aufruf, wonach die Revolution Herrin der Lage in ganz Griechenland sei und nirgends auf Widerstand stoße. Die unter dem Befehl des Admirals Hadjiliriakos stehende Flotte habe sich der Bewegung angeschlossen. Sie habe folgendes Telegramm an den Präsidenten der Republik gerichtet: Wir erklären die Regierung für abgesetzt und wir werden den Ministerrat für das vergossene Blut verantwortlich machen.

WTB. Paris, 25. Juni. Aus Athen wird gemeldet: Eine militärische Aufstandsbewegung, deren Führer General Pangalos zu sein scheint, ist heute früh um 4 Uhr in Athen und Saloniki ausgebrochen. Die Truppen des Generals Pangalos haben die Telegraphenzentrale von Athen besetzt und sich dadurch zu Herren über die Verbindung mit dem Innern des Landes gemacht. Die Flotte unter Führung des Admirals Hadjiliriakos hat sich der Aufstandsbewegung angeschlossen. Das Ministerium tagt in permanenz im Parlamentsgebäude, das von treu gebliebenen Regierungstruppen bewacht wird. Die Bevölkerung ist ruhig.

WTB. Paris, 25. Juni. Wie Havas aus Athen berichtet, hat infolge des militärischen Aufstandes das Ministerium Michalopoulos seine Demission eingereicht. Der Führer der Partei der republikanischen Union, Papanaftas, hat die Kabinettsbildung übernommen. Er soll den militärischen Führern der Aufständischen, General Pangalos und Admiral Hadjiliriakos angeboten haben, in sein Kabinett einzutreten.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Industrie

Von Geheimrat Prof. Dr. Duisberg.

Geheimrat Duisberg hielt auf der Tagung der Mitglieder der Reichsversammlung der deutschen Industrie in Köln einen Vortrag, dem wir entnehmen:

Ein mächtvoller und gut verwalteter Staat, eine starke und energische Regierung, sei für ihn die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Betätigung der deutschen Industrie. Er sehe seine vornehmste Aufgabe darin, auf dem Gebiet der Betätigung einer im Rahmen des Wohlstandes unserer Wirtschaft getriebenen Sozialpolitik versöhnend zu wirken. Ausgehend von der Tatsache, daß der Dawesplan der deutschen Wirtschaft ungeheure Lasten auferlegt hat, und daß es Aufgabe der Wirtschaft sein muß, nicht nur die Bedarfsdeckung des eigenen Volkes zu sichern, sondern auch die auf der Londoner Konferenz übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, kam er zu dem Ergebnis, daß dies nur möglich ist, wenn wir unsere Arbeitsleistung auf allen Gebieten steigern und dadurch Verbilligung und Verbesserung der Qualität unserer Produktion die Möglichkeit ihres Absatzes auf dem Innern- und Außenmarkt erweitern. Dabei wies er angesichts der eingetretenen Verringerung des Außenhandels auf die gesteigerte Bedeutung des innern Marktes hin. Mit besonderem Nachdruck stellte er fest, daß die deutsche Wirtschaft nur dann in der Lage sein wird, die ihr auferlegten Leistungen zu vollbringen, wenn sie auf allen Gebieten von den die Produktion übermäßig belastenden Ausgaben frei gehalten wird. Er verlangte daher, daß der Grundcharakter äußerster Sparsamkeit in der öffentlichen und pri-

vaten Finanzwirtschaft nachgebend sein muß, und er stellte fest, daß letzten Endes nur auf diesem Weg die Kapitalbildung im Innern neu belebt werden könne.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen nahm Geheimrat Duisberg Stellung zu dem Verhältnis des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu den übrigen Erwerbsständen, der Landwirtschaft, dem Handwerk, den Banken, dem Großhandel und dem Einzelhandel. Duisberg legte Wert auf ein gutes und ausgeglichenes Verhältnis zu allen Erwerbsständen, da ..., wenn die deutsche Wirtschaft wieder gefunden soll, alle gleichermäßen aufeinander angewiesen sind. Die trostlose Lage der deutschen Wirtschaft, die ich nach seiner Ansicht am deutlichsten in der fortwährenden Passivität unserer Handelsbilanz ausdrückt, könne nur durch einer Besserung entgegengeführt werden, wenn alle Erwerbsstände und alle öffentlichen Körperschaften einig sind in dem Bestreben, die Schäden unserer Gesamtwirtschaft auszumergen, und wenn die deutsche Wirtschaft von machtpolitischen Forderungen, wie sie sich jüngst wieder in der Entlassungsnote gezeigt haben, befreit bleibt.

Kredner steht in der Entlassungsnote, die 6 Monate nach der vertragsmäßigen Räumungsrücktritt die Fortdauer der Besetzung der Kölner Zone damit zu rechtfertigen versucht, daß Deutschland noch nicht vollständig abgerüstet habe, nichts anderes als eine fadenscheinige Begründung für die militärische Machtpolitik unserer Gegner. Aus Angst und Konkurrenzneid wurden von der deutschen Wirtschaft erneut Zerstörungen von Maschinen und Anlagen verlangt, die für unsere industrielle Friedensarbeit unentbehrlich sind. Unsere Wirtschaft werde wieder um viele Hunderte von Millionen geschädigt. Unter solcher Beunruhigung und Schädigung könne der Dawesplan von der Industrie nicht erfüllt werden.

Die Aufrollung der Donauversickerungsfrage

Die Abteilung „Wasserwirtschaft“ des Verbandes Süddeutscher Industrieller befaßt sich in einer längeren Darstellung mit der Donauversickerungsfrage. Nach einem Rückblick über die Behandlung dieser Frage bis zum Jahre 1922 kommt der Artikel darauf zu sprechen, daß nach diesem Zeitpunkt Württemberg ohne das Ergebnis der bereits eingeleiteten Untersuchungen abzuwarten, alles getan habe, um den Streit so zu verwerfen, daß letzten Endes für Baden nichts mehr übrig blieb, als im Anfang dieses Jahres offiziell zu erklären, es müsse angezweifelt werden, daß weitere Verhandlungen mit Württemberg wegen der Donauversickerung noch einen Zweck haben würden. Diese Stellungnahme Badens sei durchaus verständlich, wenn man sich die Tatsache vor Augen halte, daß in letzter Zeit auf württembergischer Seite gewaltsame Eingriffe in die bisher natürlichen Abflußverhältnisse der Donau gemacht wurden, die sich in keiner Weise, d. h. weder rechtlich noch technisch, entschuldigen lassen.

Die weiteren Ausführungen beschäftigen sich dann mit der Haltung Württembergs und mit der Eigentümlichkeit der Schwarzwald-Donau überhaupt. Dabei wird scharf kritisiert, daß Württemberg, obwohl auch nicht die geringste Verschönerung von Seiten Badens vorlag, beschlossen hat, die Donauversickerungsfrage vor den Staatsgerichtshof zu bringen und zwar nachdem durch die rücksichtslose Erstellung des Frädingen Kraftwerks in den Jahren 1921 bis 1923 die badischen Interessen ungemein geschädigt worden sind und die württembergische Regierung zudem noch im November 1924 die Brüstungsstellen im Donaubett unterhalb Frädingen durch das Einbringen großer Betonmassen gründlich und endgültig verstopft hat, wohl wissend, daß sie damit einen schweren Eingriff in die natürlichen Abflußverhältnisse der Donau bezw. der Ach macht. Für Baden dürfte es ein leichtes sein, so schließt die Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes Süddeutscher Industrieller ihre Ausführungen, zum Schutze seiner Interessen Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die sich für Württemberg unangenehm bemerkbar machen würden. Solange nicht der wirklich einwandfreie Nachweis erbracht sein sollte, daß die Beziehungen zwischen der Donau und der Ach eine Aenderung zum Besseren bezw. Nachteile eines der beteiligten Staaten erfahren haben,

dürfte auf Grund der wassergesetzlichen Bestimmungen weder Baden noch Württemberg etwas an den Abflußverhältnissen ändern. Baden hat sich in dieser Beziehung streng an seine Bestimmungen gehalten und kann daher der weiteren Behandlung der Donauversickerungsfrage auch vor dem Staatsgerichtshof ruhig entgegensehen.

Zur Bier- und Tabaksteuer

Im Steuerausschuß des Reichstages hat es eine Ueberlegung gegeben. Die Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Wirtschaftspartei und Wölkischen haben sich zusammen und lehnten die Regierungsvorlage, die eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer fordert, mit insgesamt 15 gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien ab.

Da aber die Wölkischen und auch die Wirtschaftliche Vereinigung sich auf die Seite der Opposition schlugen, war der Ausschuß selbst nichts mehr zu erreichen. Nach der Ablehnung der Regierungsvorlage über die Erhöhung der Tabak- und Biersteuer hatte der Reichsfinanzminister eine Besprechung mit Vertretern der Regierungsfaktionen, bei der er mit allem Nachdruck nochmals darauf hinwies, daß er den Ertrag der Erhöhungen zum Ausgleich im Etat brauche und daß die Regierung grundsätzlich von ihrer Vorlage nicht zurücktreten könne. Die Besprechung hatte ein Ergebnis infolgedessen, als grundsätzlich vereinbart wurde, daß ein Initiativantrag der Reichstagsfraktionen einschließlich der Wirtschaftspartei bei der zweiten Lesung der Steuergesetze im Plenum eingebracht werden solle, der im Gegensatz zur Regierungsvorlage die Erhöhung der Biersteuer auf 50 Prozent des von der Regierung geforderten Satzes beschränkt. Dabei sollen die Zwergbrauereien bis zu einem Jahresausstoß von 1500 Hektoliter freigelassen werden. Von einer Erhöhung der Steuer auf Tabak und Zigaretten wird abgesehen, die Steuer auf Zigaretten dagegen vom 1.8.25 ab um 25 Proz. erhöht, während gleichzeitig die Tabakzölle von 50 auf 80 Mark im Rahmen des allgemeinen Zolltarifs heraufgesetzt werden. Eine Gefährdung des Steuerertrags auf diesen beiden Steuern ist also nicht mehr zu erwarten.

Siffern der Wohnungsnot

In der Sitzung des Wohnungs- und Siedlungsan-schusses des Reichstages führte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns folgendes aus: Die Bautätigkeit im Reich habe nach dem Krieg zunächst jährlich zugenommen. Der Reinzugang an Wohnungen habe betragen im Jahre 1919: 56.714, 1920: 103.092, 1921: 134.223, 1922: 146.615. Im Jahre 1923 sei er dann infolge der Inflation auf 138.333 zurückgegangen. Die Zahlen für 1924 lägen noch nicht vor, jedoch sei die Bautätigkeit durch Kapitalmangel stark beschränkt worden. Die Zahl der erstellten Wohnungen würde kaum die von 1923 übersteigen.

Eine Erhebung über den Wohnungsbedarf für das ganze Reich läge leider nicht vor. Nach den für Bayern, Sachsen und Baden gemachten Erhebungen habe sich dort ein Fehlbetrag von mindestens 10-11 fehlenden Wohnungen auf 1000 Einwohner ergeben; in andern Ländern seien höhere Fehlbeträge errechnet worden. Uebrigens auf das Reich komme man zu einem Fehlbetrag von mindestens 600 000 Wohnungen. Der Neubedarf an Wohnungen sei nach sorgfältigen Berechnungen auf mindestens 150 000 für das Jahr anzunehmen. Ziel der Wohnungspolitik müsse sein, den jährlichen Neubedarf laufend zu decken und den Rückstand nach und nach zu beseitigen. Dazu seien eine Dreifachwohnung mit einem Durchschnittsaufwand von 10 000 Mk. gerechnet und dazu: ein öffentliches Baudarlehen von durchschnittlich 6000 Mark) 900 Millionen Reichsmark im Jahre an Zuschüssen erforderlich. Zur Beseitigung des Fehlbetrages an Wohnungen in sechs Jahren müßten dann jährlich 100 000 Wohnungen ohne Zuschüsse erstellt werden. Zur Verstärkung der Bautätigkeit müsse eine Verbesserung des Kapitalmarktes und eine Verbilligung jeglicher Unkosten eintreten. Die Aufwendungen in den einzelnen Ländern für den Wohnungsbedarf seien sehr verschieden. Am höchsten seien sie in Preußen mit 14 Prozent der Friedensmiete; sie gingen aber bis unter 3 Prozent herunter. Nach Berichten der Länder sei für 1925 mit einem Gesamtaufwand von fast einer halben Milliarde Mark für Förderung des Wohnungsbaues zu rechnen.

Chamberlain zur Sicherheitsfrage

London, 25. Juni. Am Mittwoch begann im Unterhaus die Debatte über die Sicherheitsverhandlungen. Sie wurde eingeleitet durch eine Rede des englischen Außenministers Chamberlain, der vor allen Dingen versuchte, die Opposition zu überzeugen, daß die Unterschrift Englands unter einen ausschließlich den Westen betreffenden Sicherheitspakt keine Isolierung des Weltreiches bedeuten würde.

Chamberlain sang dann ein Loblied auf die deutsche Regierung und erklärte, daß England durch die Völkerbunds- scheidung schon an sich Verpflichtungen in Bezug auf die Garantie bestimmter territorialer Verhältnisse übernehme und die englische Regierung deshalb auch heute für eine Lösung des Sicherheitsproblems im Rahmen der Völkerbunds- scheidung und unter der moralischen Autorität des Völker- bundes eintrete. Da England von vornherein die Ab- sicht habe, den Westpakt unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen, so sei es unbedingt erforderlich, daß Deutschland in den Völkerbund eintrete, um nicht nur die Pflichten der Sektionen zu übernehmen, sondern auch in vollem Umfang seine Rechte wahrnehmen zu können. Mit erhobener Stimme betonte der englische Außenminister fortsetzend, daß die Beschränkung der Garantie Englands auf den Westen nie- mals eine Aufforderung sein dürfte, die Stabilität der Grenzverhältnisse im Osten zu erschüttern. Wer bereits jetzt die Ostfrage in die Debatte über die Sicherheitsfragen hin- eingeworfen hätte, habe dem Frieden keine guten Dienste geleistet. Im übrigen kämen nur zwei Möglichkeiten einer Revision unhaltbarer Grenzen und unausführbarer Ver- träge und zweitens der Anschluß Österreichs an Deutsch- land auf Grund des § 18 des Friedensvertrages. Eine Möglichkeit, die für keine der daran beteiligten Regierungen im gegenwärtigen Augenblick nur die geringste Aktuali- tät besitze.

Im Anschluß an die weitere Feststellung, daß eine Revi- sion der Obergrenzen jetzt bereits, also 6 Jahre nach der Un- terschreibung des Friedensvertrages, ein Verbrechen sei, be- schäftigte sich der englische Außenminister mit der Wirkung der Garantie Englands im Westen. Erst dann soll die englische Garantie z. B. wirksam werden, wenn ein Land die Grenzverhältnisse ohne weiteres durch eine kriegerische Aktion verleiht oder die Feindseligkeiten aufnimmt, nachdem ein Schiedsspruch ergangen ist, der von diesem Land nicht angenommen wurde. Darüber hinaus erklärte Chamber- lain, daß Frankreich und England auf Grund des Art. 16 der Völkerbundscharta nicht nur das Recht, sondern auch die Verpflichtung haben, Polen zu Hilfe zu kommen, wenn Deutschland in einem deutsch-polnischen Kriege der unpro- vokede Angreifer Polens sei. Sei Polen dagegen der An- greifer Deutschlands, so würden England und Frankreich gegenüber Polen nicht die geringste Verpflichtung, auch nicht auf Grund anderer Verträge haben, sondern es träte wieder die Wirksamkeit des Art. 16 in Kraft, und zwar dies- mal zugunsten des angegriffenen Deutschlands, das in dem angelegenen Falle Kraft seiner Mitgliedschaft von diesem Artikel Gebrauch machen könne.

Mac Donald bemängelte, daß die Aufgaben des Völker- bundes in dem Westpakt nicht klar genug umrissen seien. Lloyd George sprach dafür, daß auch die Ostfrage durch ein Schiedsgericht geregelt werde. Man müsse vermeiden, daß, wie im Falle Oberschlesien, England zwar einen Schieds- spruch hätte herbeiführen helfen, aber keineswegs Einfluß auf den Charakter und den Verlauf des Schiedsverfahrens ausüben vermöchte.

London, 26. Juni. In Erwiderung auf die Debatte er- klärte Chamberlain, es sei allgemein anerkannt, daß für England eine Politik der Isolierung nicht möglich sei. Eng- land könne sich vom Gescheh und vom Frieden Europas nicht trennen. Die Methode von Bündnissen, wie man sie bei den Pariser Friedensverhandlungen und den Cannes- Verhandlungen angewendet habe, seien heute nicht mehr zu brauchen. Die Zeit sei vorbei, daß die britische Regierung die Methode von Bündnissen bestimmter Mächte gegen eine andere Macht oder andere Mächte anwenden konnte. Die Methode, zu dem Ziele europäischer Sicherheit zu gelangen, bestehe darin, einen Schiedsspruch für Streitig- keiten einzusetzen.

Auf Mac Donalds Frage, wie sich die Lage Englands ge- stalten würde, wenn Frankreich von Deutschland das Durch- zugrecht fordere, Deutschland den Durchmarsch nicht ge- statte und dann der Krieg ausbräche, erwiderte Chamber- lain, daß bei einer unabwendbaren Kriegsgefahr der Völ- kerbund die Angelegenheit in Erwägung ziehen würde. Erst wenn der Völkerbund zu dem Ergebnis komme, daß die ver- schiedenen Mittel erschöpft und erfolglos geblieben sind, und wenn er daraufhin alle Mitgliedernationen aufgefor- dert habe, dem benachbarten Lande jeden Bestand dem Angreifer gegenüber zu gewähren, erst dann könne die Frage eines Durchzugsrechtes durch fremde Gebiete aufge- worfen werden. Nach Ansicht der britischen Regierung habe niemand das Recht, durch das Gebiet eines anderen Landes zu marschieren, ausgenommen unter den vom Völ- kerbund festgesetzten Bedingungen oder im Falle einer Auf- forderung des Völkerbundes selbst.

Auf eine Bemerkung über die Kölner Frage sagte Cham- berlain, er hoffe, daß Köln binnen einigen Monaten ge- räumt werde. Er wisse, daß es bei gutem Willen auf bei- den Seiten geräumt werden könne. Wenn ein Zweifel dar- über entstehe, ob die Entwaffnungsbestimmungen erfüllt seien von dem Augenblick an, wo die Militärkontrolle in Deutschland zurückgezogen werde, (was der Fall sein werde, wenn die Bestimmungen erfüllt sind, die England die Räu- mung Kölns ermöglichen), dann bestimme der Vertrag, daß die Abrüstung Deutschlands unter die Aufsicht des Völ- kerbundes gestellt werden könne. Es sei dann Sache des Völkerbundes, zu entscheiden, ob die Bedingungen erfüllt sind oder nicht.

Ueber die künftige Volksabstimmung im Saargebiet, deren Korrektheit von Lloyd George angezweifelt worde- war, erklärte Chamberlain, daß keine Partei es wagen würde, den Völkerbund, bei dem diese Entscheidung liege, beiseite zu stoßen.

Neues vom Tage.

Ein spanischer Friedensbote an Abdel Krim

Paris, 25. Juni. Wie der Korrespondent des „Tempo“ in Madrid meldet, werden aus Melilla über die Reise des spanischen Reeders Echevarista nach der Alhucemas-Bai fol- gende Einzelheiten bekannt: Echevarista überbringt eine von dem spanischen Direktorium gebilligte Grundlag für einen Friedensschluß mit Abdel Krim. Diese Grundlage schließt die Freilassung der Gefangenen in sich. Aber man weiß noch nicht, ob Krim sich verpflichten muß, auch für die Freilassung derer zu sorgen, die durch die Djeballa und Omara-Stämme gefangen gehalten werden. Ueber mehr als ein Drittel der 2000 spanischen Gefangenen könne Abdel Krim nicht verfügen. Echevarista soll ermächtigt sein, Abdel Krim 15 Millionen Pesetas anzubieten. Infolge des Schrittes Echevaristas seien die Truppenlandungen in der Alhucemas-Bai aufgeschoben worden.

Aussicht auf eine Verständigung.

II. Paris, 25. Juni. Dem „Matin“ wird aus Ma- drid gemeldet, daß der Schiffsreederei Echevarista soeben aus Algier zurückgekehrt ist. Obwohl man in offiziellen Kreisen über das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Abd el Krim das größte Stillschweigen bewahrt, wird dennoch zugegeben, daß Aussicht auf eine Verständigung mit dem marokkanischen Führer besteht.

Die französisch-spanischen Abkommen

Paris, 25. Juni. Am Quai d'Orsay ist man zu der Prü- fung der bereits in Madrid paraphierten französisch-spani- schen Abkommen über die Bekämpfung des Waffenschmug- gels an der marokkanischen Küste übergegangen. Die Unter- zeichnung des Vertrages wird morgen erfolgen.

Zum deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg

Warschau, 25. Juni. Die polnische Regierung erließ am 20. ds. Mts. eine Verordnung, die für eine längere Reihe von Waren ab 27. d. Mts. die Einfuhr nach dem polnischen Zollgebiet unterliegt, sofern die genannten Waren aus Län- dern stammen, die gegen Güter polnischen Ursprungs Ein- fuhrverbote erlassen haben. Die getroffene Maßnahme richtet sich fast ausschließlich gegen Deutschland. Dem Wort- laute nach werden zwar auch andere Länder, die ihrerseits ein Einfuhrverbotssystem besitzen, betroffen; aber wohl alle diese haben mit Polen einen Handelsvertrag abgeschlossen, der ihnen auch hinsichtlich der Einfuhr-Verbote und Be- schränkungen die Weisbegünstigung sichert. Das polnische Vorgehen dokumentiert sich hiernach als ganz krasse Maß- nahme des Wirtschaftskrieges gegen Deutschland, die mitten in die im Gange befindlichen Verhandlungen hineinplatzt. So geht die Regierung eines Landes vor, dessen Presse in den vergangenen Wochen sich in wüster Heiße gegen Deutsch- land nicht genug tun konnte, weil es seinerseits angeht den Wirtschaftskrieg gegen Polen provozierte. Die deutsche Regierung wird selbstverständlich trotz der Herausforde- rungen, die in dem polnischen Vorgehen liegt, kühles Blut bewahren und wird ihr Angebot nicht zurückziehen.

Dr. Edener über Nordpolfahrt

Berlin, 25. Juni. Einem Mitarbeiter der „Neuen Ber- liner Zeitung“ gegenüber äußerte sich Dr. Edener, der so- fern in Berlin eingetroffen ist, daß der Nordpol nur mit einem Zeppelin zu erreichen sei, weil Flugzeuge das Starten und Landen erschweren und den Strapazen eines Nordpol- flugs nicht gewachsen seien. Er selbst hoffe zuversichtlich, daß es gelingen werde, mit einem Zeppelinluftkranz, der im übrigen keiner besonderen Verbesserung oder Veränderung bedürfe, den Nordpol zu finden. Er werde nicht verfehlen, Amundsen, der erfreulicherweise in Deutschland Unterstüt- zung für seine zukünftigen Pläne suchte, Hilfe angedeihen zu lassen. Bei den kommenden Verhandlungen im Reichs- verkehrsministerium, die sich mit einem neuen groß angeleg- ten Plan der Nordpolarforschung befassen, werde auch, wie Dr. Edener mitteilte, das Projekt einer Nordpolarpedition des deutschen Hauptmanns Bruba erörtert werden, dessen Expedition gegebenenfalls dem Zeppelinflug eingeliebert werden soll.

Ermäßigung der Weinsteuern bis zum 30. September 1927

Berlin, 25. Juni. Der Steuerauschuß des Reichstages nahm bei der Behandlung der Weinsteuern einstimmig einen Antrag der Deutschen Volkspartei an, der die Weinsteuern bis zum 30. September 1927 von 20 auf 10 Prozent er- mäßigt. Vom 1. Oktober 1927 ab soll die Weinsteuern 20 Prozent betragen.

Deutscher Reichstag

Die Zollvorlage

Berlin, 24. Juni.

Abg. Dr. Schneider (DVP) wendet sich gegen den Versuch, die Verabschiedung der Vorlage bis zum Herbst zu verzögern und betont, daß der Gedanke, daß durch die Vorlage nur etwas Vorläufiges geschaffen werden solle, über manche Bedenken hinweghelfe. Abg. Dr. Rosen- berg (Kom. Neht) die Vorlage im Interesse der Arbeit- nehmer ab. Abg. Fehr (Wirt. Ver.) ge- sammens seiner Partei eine Erklärung ab, in der die Notwendigkeit von Zöllen betont und besonders hervorgehoben wird, daß alle Wirtschaftszweige geschützt werden müßten, wobei auf die Verbraucherschaft, besonders auch auf Handel und Gewerbe, Rücksicht genommen werden müsse. Abg. Horlacher (Napr. Bp.) unterstreicht die Notwendigkeit der Zollvo- lage und setzt sich dabei besonders für die Landwirtschaft ein. Erforderlich sei ein tragbares Kompromiß zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Wohle des Volkes.

Das Heideeschloß.

Roman von Marie Harling.

48) (Nachdruck verboten.)
 Nordbert und Elsa rüsten nun zur Heimkehr, denn Ban- bertraaten verlangt dringend nach seinen Kindern. Eben hält Elsa einen Brief ihres Vaters in der Hand, mit glück- strahlenden Augen liest sie die lieben Zeilen. „Dies wird wohl der letzte Brief sein, den ich dir in die Fremde senden muß. Du kannst Dir gar nicht denken, wie ich mich auf Eure Ankunft freue. Mama ist in letzter Zeit sehr leidend gewesen, sie wird wohl den ganzen Sommer in Bädern und den Winter im Süden zubringen müssen. Mich hat sie aber von der Begleitung dispensiert, ich kann ja auch gar nicht abkommen, da Heinz zu seinem Bruder geht, Nordbert sich aber erst einarbeiten muß. Kommt nur recht bald, es ist einsam in dem großen Hause.“
 Einnehm blickt Elsa in die sommerliche Blütenpracht des Gartens, auf ihr sonniges Kind, das lachend mit dem treuen Liras auf dem Rasen umherrollt.
 Sie freut sich, daß Heinz fortgeht, denn ein Klein wenig bange ist ihr doch geworden bei dem Gedanken an ein Wiedersehen. Sie freut sich auch, daß sie den Vater vorläufig wenigstens für sich haben wird, später baut dann wohl Klein-Trugard eine Brücke zwischen ihr und der Stiefmut- ter.
 Ein Schatten fällt auf den Weg, Frau Lohberg kommt, ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit, langsam näher.
 „Eine Nachricht von daheim, liebe Frau Elsa?“
 Elsa blickt befremdet auf. Frau Lohbergs sonst so mun- tere Stimme hat seltsam heiser geklungen, ihr Antlitz ist blaß und ihre guten Augen stehen voll Tränen.
 „Was ist geschehen, Frau Lohberg? Warum blicken Sie mich so mitleidig an?“ stößt Elsa zitternd hervor. In ban- ger Frage blicken ihre Augen auf Frau Lohberg.
 „Seien Sie stark, liebe Elsa, um Ihres Kindes willen“

seien Sie stark! Ihrem Gatten ist ein kleines Unglück zu- geschehen.“
 „Nordbert!“ Elsa ist aufgesprungen, schwer stützt sie sich auf die Tischplatte, ihre weitgeöffneten Augen tragen einen entsetzten Ausdruck. Ein Jittern läuft über ihre Gestalt, doch mühsam zwingt sie sich zur Ruhe.
 „Ich bin stark, Frau Lohberg, bitte sagen Sie mir alles, lebt er noch?“
 „Nicht gleich das Schlimmste glauben, liebes Kind. Ja, er lebt und wird auch, so Gott will, am Leben bleiben. Er wollte eine der Arbeiterinnen, die einer Transmissions- range zu nahe kam, zurücktreiben. Die Arbeiterin hat er ge- rettet, er aber fiel seiner edlen Tat zum Opfer. Kommen Sie ins Haus, liebes Kind, es dürfte kein Anblick für Sie sein, wenn man Ihren Gatten gleich bringt.“
 Da richtete Elsa sich auf, blaß bis in die Lippen, aber feste Willenskraft im Blick.
 „Ich bin stark, Frau Lohberg, härter als Sie denken. Mein Platz ist an der Seite meines Gatten, den werde ich keine Minute verlassen.“
 Mitleidig blickt Frau Lohberg auf die zarte Frau, in der so viel ungeahnte Willenskraft steckt; auf das liebevolle Kind, das von den ersten Mienen der Frauen verschüch- tert, sich ängstlich an die Mutter schmiegt.
 „So helfe Ihnen Gott, Frau Elsa, ich werde bei Ihnen bleiben, so lange Sie mich brauchen.“
 Schwer sind die Bewundungen, die Nordbert sich zuge- zogen, der Brustkorb ist eingedrückt, Knochenteile sind in die Lunge gedrungen. Der herzugerufene Arzt schüttelt ernst den Kopf, als er mit Lohberg das schnell hergerichtete Krankenzimmer verläßt.
 „Keine Hoffnung.“ lautet das Urteil, „nur noch Stun- den kann der Kranke leben.“
 Elsa bleibt gefaßt, als man ihr auf ihr flehentliches Bitten den Ausspruch des Arztes mitteilt; nur in ihren Augen liegt ein namenloses Weh. Keine Minute weicht sie

nom Lager des Gatten, sie geht mit jeder Sekunde, die sie noch bei ihm sein kann.
 Spät am Nachmittag erst öffnet der Kranke die Augen, in diesem Weh blickt er auf sein junges, schmerzgequältes Weib, seine Hand tastet nach der ihren.
 „Nicht traurig sein, Liebling! Vielleicht ist es besser so. Ich hätte Dich so gerne selbst zu Deinem Vater gebracht, doch Gott will es nicht, wir müssen uns seinem Willen fü- gen. Ich bin ja ihm so dankbar für das Glück, das er mir in Dir und unserm Kinde gegeben. Küsse Trugard in mei- nem Namen und lehre sie den Vater lieb behalten.“
 Da schluchzt Elsa bitter weinend auf.
 „Geh nicht von uns, Nordbert, wir haben Dich ja so no- wendig zu unserm Glück.“
 Da leuchten die Augen des Sterbenden sieghaft auf.
 „So bist Du wirklich glücklich gewesen bei mir, Elsa?“
 „Voll und ganz, Nordbert. Wenn auch zuweilen meine Au- gen trübe blieten, so war es nur die Sehnsucht nach der Heimat, die aus ihnen sprach, das Verlangen, dem Vater wieder nahe zu sein, dem ich so wehe getan. Sieh, Nordbert, seit ich selbst Mutter bin, weiß ich wohl, wie lieb die Eltern ihr Kind haben.“
 „Liebling Du, wie glücklich machen mich Deine Worte! Doch ich fürchte das Ende, lasse den Priester rufen, ich möchte Frieden machen mit Gott und der Welt. Reife so bald als möglich, Liebling! Lohbergs werden für Dich so- gen.“
 Elsa wankt hinaus, um dem Wunsche des Gatten nach- zukommen. Nur mit äußerster Willenskraft kann sie sich aufrecht halten. Kurz ist der Todeskampf. In den Armen seines Weibes schläft Nordbert sanft hinüber, indes das Abendrot hinter den Tannengipfeln verfliehet. Bis zum letz- ten Augenblick ist Elsa standhaft gewesen. Als sie jedoch dem erstarrten Körper des Gatten aus ihren Armen läßt, bricht sie zusammen.
 (Fortsetzung folgt.)



Rechte Nachrichten.

Die Aussperrung in der Holzindustrie.

WTB. Berlin, 25. Juni. Die Ganleiterkonferenz des deutschen Holzarbeiterverbandes billigte einstimmig die Maßnahmen, die der Hauptvorstand des Verbandes bei den gestrigen Verhandlungen mit den Arbeitgebervertretern vereinbart hat. Entsprechend diesen Maßnahmen werden die Verhandlungen zur Beilegung der Aussperrung im Holzgewerbe nicht zentral, sondern bezirksweise durchgeführt.

Streik der Postbeamten in Paris.

WTB. Paris, 25. Juni. Ein Teil der Pariser Postboten und Telegraphenbeamten ist wegen Lohn Differenzen in Streik getreten. In einem Postgebäude erzwangen die Streikenden die Schließung der Schalter. Auch ins Parlament drangen Streikende ein, um dort ihre Forderungen geltend zu machen. Man befürchtet einen Generalstreik.

Die Wirren in China.

WTB. Hongkong, 25. Juni. Die Stauer sind in den Streik getreten. Der Schiffsverkehr im Hafen hörte seit heute früh so gut wie ganz auf. Etwa 150 japanische Frauen und Kinder sind aus Kanton hier eingetroffen.

Englandsfeindliche Kundgebung in Peking.

WTB. London, 25. Juni. Wie Reuter aus Peking berichtet, fand dort unter Beteiligung von 20 000 chinesischen

Studenten, Kaufleuten und Arbeitern ein Umzug statt, bei dem Fahnen mit englandsfeindlichen Aufschriften mitgeführt wurden. Die Wohnungen und Läden der Ausländer, sowie die Zugänge zum Gesandtschaftsviertel wurden von chinesischen Truppen und Polizisten bewacht. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Zwei chinesische Noten an die Mächte.

WTB. Paris, 25. Juni. Die Vertreter der interessierten Mächte erhielten, wie Havas aus Peking berichtet, gestern Abend zwei Noten des chinesischen Außenministers, in denen China die in Shanghai von den chinesischen Delegierten zur Regelung des Konflikts gestellten 13 Forderungen wieder aufnimmt, darunter enthalte eine die Forderung zur Annullierung der Erklärung, wonach eine beunruhigende Lage bestehe, die Schadloshaltung der Opfer, Entschädigung der europäischen Behörden, die Abschaffung des gemischten Schiedsgerichtshofes, die Wiedereinstellung der Ausländer, Bezahlung der Löhne für die Streikzeit, Jubiläum des Rechts für die Chinesen, bei den Kommunalwahlen abzustimmen. Die zweite Note enthält eine lange Kritik der aus den Verträgen sich ergebenden Ungleichheiten, deren Abänderung verlangt wird.

Der Sultan von Marokko im französischen Propagandadienst.

WTB. Tanger, 25. Juni. Der Sultan von Marokko hat

in Begleitung des Generals Chambrun und einiger eingeborener Würdenträger bez verlassen, um sich in die nördliche Zone von Marokko zu begeben. Er wird die Stämme in der Gegend von Karia besuchen.

Die Kämpfe in Marokko.

WTB. Paris, 25. Juni. Havas meldet aus Tanger: Der Feind griff im westlichen Abschnitt der Marokko-front die spanische Front an verschiedenen Punkten an, besonders zwischen Coria Tetuan und Regata. Die spanischen Truppen, die die Stellung von Sidiand-Benibder besetzt halten, stehen mit dem zahlenmäßig starken und sich heftig verteidigenden Feinde im Kampf. Die Djebala- und die Andjera-Stämme im Abgebiet klagen über Mangel an Lebensmitteln.

Flugzeugabsturz.

WTB. Brüssel, 25. Juni. Gegen mittag stürzte gestern ein Flugzeug der Luftverkehrslinie Rotterdam-Paris 6 Kilometer von Landreies entfernt in einem Walde ab. Infolge der großen Ausdehnung des Waldes wurde das Flugzeug, das vollkommen zerstückelt war, erst drei Stunden später aufgefunden. Der Flugzeugführer und die drei Fahrgäste lagen tot unter den Trümmern. Einer der letzteren stammt aus Hamburg.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Versteigerung.

Am Dienstag, den 30. Juni, vormittags 11 Uhr werden auf dem Bahnhof Altensteig

etwa 11 cbm
Dielen und Bretter

öffentlich versteigert.

Bahnstation.

Damenhemden
Hemdrosen
Unterröcke
Corsettleibchen

zu äussersten Preisen bei

Chr. Krauß

LOSE!

Loose zu Gunsten des Freiburger Münsters
Preis zu 3 Mk.

Ziehung am 15. Juli 1925.

Loose zur Wiederherstellung der Heiligkreuzkirche
in Schwäb. Gmünd. Preis Mk. 1

Ziehung am 10. Juli 1925.

Zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung.

2-4000 Mt.

gesucht, auf 1. Hypothek.
Offerten an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Violin-Saiten

sowie

Mandolin-Saiten

sind in la Qualität zu haben
in der

W. Rieker'schen Buchh.

Putze
mit

ATA

— und im
Haus
sieht's stets
bei dir wie
Sonntag aus!

ATA
Henkel's Putz-
und Scheuermittel

Altensteig-Stadt.



Freiwillige
Genwehr.

Abfahrt
nach Gültlingen

am Sonntag, den 28. 6. 25.

vormittags 7 Uhr
beim Gerätehaus.

Den 26. 6. 25.

Das Kommando.



Schießengilde
Altensteig.

Freitag Abend von 7 Uhr
ab und Sonntag früh von
8 Uhr ab

Schießen.

Nagold.
Löwen Lichtspiele

Samstag 8.30.
Sonntag 4.15 und 8.30.

Maciste

der weltberühmte
Kraftmensch und

die chinesische Trube

in 6 großen Akten.

Sowie Beiprogramm
Fatty als Don Juan
großartiges Lustspiel
in zwei Akten.

Altensteig.

Ein guterhaltener

Ofen

(Kohlenfeuerung)

billig abgegeben

H. Böhler, Schneidernstr.

Beuren.

Eine 38 Wochen trüchtige
starke

Milch- und
Schaffel



verkauft

H. B. Blach, Schreiner.

Gestorbene.

Ebhansen: Wilhelm Benz,
Gipfermeister, 71 J.

Altensteig.
Kaffee-Essenz

von Pfeiffer und Diller
in verschiedenen Packungen
sowie sonstige

Kaffee-Zusätze

empfehlen billigt

Fritz Bühler jr.

Rotfelben.

Verkaufe sofort
25-30 Jtr. schönes

Wiesen- und
Kleeheu

sowie einen sehr wachsamem
scharfen

Hof-
Hund



einen Wurf dito erstklassiger,
deutscher

Schäfer-Hunde

Gottlob Schiele, Wagner

Radf.-Bereinigung Nagoldgau
macht am Sonntag, den 28. Juli eine
Sawwanderung nach Bebenhausen

Abfahrt Nagold 6 Uhr 30. Abfahrt Bondorf 8 Uhr 30.
Um zahlreiche Beteiligung, wird gebeten.

Der Ausschuss.

Ab heute steht wieder ein frischer Transport guter



Bauern-Pferde
aus Ostpreußen

In den Stallungen des Herrn Schittenhelm, Bahnhof-
Restaurant zum Verkauf durch

Richard Räder, Dornstetten

Tel. 18.

Inserate

für die morgige Samstagnummer
bitten wir mögl. frühzeitig, größere
schon heute, aufzugeben.

Ein gutes Buch im schönen Band,
Als ein Geschenk von lieber Hand,
Wird dich zum Edlen oft erheben,
Und dich beglücken stets im Leben.

Eine große Auswahl guter Bücher findet man in der
W. Rieker'schen Buchhandlung Altensteig.

Inserieren bringt Gewinn!